

Leipziger Lerche

Mitteilungsblatt

der DKP-Leipzig

Ausgabe 1, Jahr 2019

Januar / Februar / März

Mitgliederversammlung
der DKP Leipzig:
immer am zweiten Montag
eines Monats, 19.00 Uhr,
Liebknecht-Haus-Leipzig
(LHL) (Braustraße 15),
1. Etage.

Nächste Treffen:
14. Januar 2019
11. Februar 2019
11. März 2019
08. April 2019
13. Mai 2019
10. Juni 2019

dkp-leipzig@gmx.de
die-dkp-leipzig.de

V.i.S.d.P.:
Martin Zielke

Ein Superwahljahr?

2019 soll ein sogenanntes „Superwahljahr“ werden. Die Aussichten auf die wahrscheinlichen Ergebnisse sind dabei alles andere als „super“. „Super“ ist eigentlich auch nicht, dass am 26. Mai die EU- und die sächsische Landtagswahl sowie im September sächsische Kommunalwahlen stattfinden. Super ist allerdings, dass die DKP beschlossen hat, zumindest auf EU-Ebene in die Wahlkampfarena zu treten.

Natürlich lösen Kreuzchen auf einem Blatt Papier nicht die Grundprobleme der kapitalistischen Gesellschaft. Ganz zu schweigen davon, dass sie damit abgeschafft werden könnte. Aber das bürgerliche Wahltheater bietet uns die Möglichkeit, als Kommunistische Partei unsere Ziele einem größeren Publikum zugänglich zu machen.

Die Probleme, deren Lösungen durch die selbsternannten „Volksparteien“ von Wahl zu Wahl immer unwahrscheinlicher werden, häufen sich. Hochrüstung, Schuldenbremse, Privatisierung oder neue Polizeigesetze sind die Antworten der Herrschenden und ihrer politischen

Vertreter auf die allgemeine Krise ihres Raubsystems.

Nur eine Klassenpartei, die konsequent die arbeitende Mehrheit vertritt, vermag diesen Berg abzutragen. In unseren Sofortforderungen verlangen wir eine Senkung des Rüstungsetats, eine Erhöhung der Spitzensteuersätze, ein Bauprogramm soll Schulen, Kindergärten, Infrastruktur und Krankenhäuser schaffen. Mit dem Schaffen von je 100.000 Stellen in Bau-, Gesundheits- und Bildungswesen kann eine jahrzehntelang verfehlte Personalplanung korrigiert werden.

Auch die Leipzigerinnen und Leipziger rufen wir auf, der DKP ihre Stimmen zu geben. Die, die nicht mehr wählen gehen, einer vermeintlichen „Alternative“ ihre Stimme geben oder aus Prinzip wieder die selbe bürgerliche Partei wählen wollen, fragen wir: Warum nicht der Deutschen Kommunistischen Partei als grundsätzliche Alternative zu diesem System eine Chance geben? Je stärker wir sind, desto stärker fallen die Stimmen der Arbeiterklasse ins Gewicht der politischen Waagschale. *MZ*



Leipziger Probleme

Das statistische Amt Leipzig hat vor einer Weile eine sehr interessante Umfrage veröffentlicht. Unter dem Titel „Größte Probleme aus Bürgersicht“ finden sich dabei Umfrageergebnisse der letzten Jahre zu einer Vielzahl politischer Themen. Berücksichtigt werden muss dabei die Tatsache, dass es sich in erster Linie um *wahrgenommene* Probleme handelt. Inwiefern diese auf realen Entwicklungen beruhen, ist daher oft nicht genau einzuschätzen. Auch wird nicht gesagt, wie „Problem“ genau definiert wird: ein Makel, der hingenommen werden kann, oder ein Zustand, der einer Lösung bedarf. Nichtsdestotrotz bietet die Umfrage die Möglichkeit, zumindest Tendenzen im politischen Bewusstsein zu skizzieren.

Ein Blick auf die nebenstehende Tabelle zeigt, wie drastisch und in welch' kurzen Zeiträumen Probleme entstehen bzw. wahrgenommen werden. Schwankungen sind in einer sich sprunghaft entwickelnden Großstadt wie Leipzig nichts ungewöhnliches. Es gibt weniger finanzielle Hürden, vor denen zum Beispiel eine kleine Gemeinde stehen würde, wenn dort eine Schule saniert werden muss. Unterm Strich kann aber gesagt werden, dass die Probleme in Leipzig tendenziell wachsen.

Als Problem Nummer 1 wird seit 2015 das Thema „Kriminalität / Sicherheit“ gesehen, obwohl die Verbrechensrate mit der Bevölkerungsentwicklung Schritt hält. Die Lage unterscheidet sich je nach Stadtteil. Erstes „Opfer“ von politischen Gegenmaßnahmen ist die Eisenbahnstraße, deren Einwohnerschaft mit einer „Waffenverbotszone“ belastet wird. Vor allem AfD und CDU werden in klassischer law&order-Manier soziale Probleme in den Hintergrund drängen und stärker auf Repression setzen. Diese Einschätzung gilt noch stärker für das Problem „Fremdenfeindlichkeit“.

Natürlich steht auch die DKP für ein Leben in Frieden und Sicherheit, aber wir legen die gesellschaftlichen Ursachen von Problemen bloß, statt mit Polizeimaßnahmen und -gesetzen zu antworten.

Auf die wirklich drängenden, den Großteil der Leipziger betreffenden Probleme hat die DKP einige Antworten zu bieten. Sie lösen nicht das Grundübel, den Kapitalismus, aber sie zeigen, dass wir versuchen, uns an den Interessen der schaffenden Mehrheit zu orientieren.

Auf die Probleme „Kitas“ und „Schulen“ antworten wir mit dem Bau und der Sanierung von Schulen, Kitas und Jugendzentren.

Auf das Problem „Armut“ antworten wir einerseits mit Investitionsprogrammen für Wohnungen, Bildungseinrichtungen und Verkehr, die dauerhaft etwa 100.000 Arbeitsplätze im Bau und baunahen Gewerbe schaffen. Andererseits will die DKP das Kindergeld um 50 € anheben, auch Renten und Arbeitslosengeld sollen erhöht werden.

Auf das Problem „öffentlicher Nahverkehr“ antworten wir mit der Forderung nach einem Ende des Sanierungsstaus im Nah- und Fernverkehr. Damit verbinden wir die Antwort auf die „Umweltbelastung“. Der Ausbau des Schienentransportes für Menschen und Güter wäre nicht nur effizienter, sondern würde auch die Bekämpfung des Klimawandels unterstützen. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob die DKP dieses Protestpotential nutzen kann. *MZ*

Problem	2015	2016	2017
Kriminalität/ Sicherheit	49	48	50
Wohnkosten	18	21	28
Kitas	18	15	21
Armut	18	16	17
Fremdenfeindlichkeit	x	18	16
Schulen	14	15	12
Öffentlicher Nahverkehr	8	11	12
ärztliche Versorgung	9	11	11
Umweltbelastung	4	4	8

Wahrnehmung als Problem in % der Befragten

(K)Ein Dach über dem Kopf

Die Messestadt wächst und wächst. Doch das Wachstum bringt natürlich einige Probleme mit sich. Für viele Leipziger/innen ist das Großstadtleben mittlerweile zu einem Kampf um bezahlbaren Wohnraum geworden. Betrachtet man beispielsweise die Anpassung der Kosten der Unterkunft (KdU) im Arbeitslosengeld II, wird eine der Ursachen des Problems deutlich. Seit 2014 sind die Angebotsmieten um 20 Prozent gestiegen, die KdU jedoch nur um drei Prozent.

Bereits Friedrich Engels wusste darüber zu sagen: „Im Kapitalismus ist der Bau und die Vermietung von Wohnungen ein „Geschäft“ wie jedes andere und dient der Erzielung von Profit für den Grundeigentümer und Hausbesitzer. Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, die Wohnungsfrage zu lösen“.

Was unternimmt die Leipziger Stadtverwaltung gegen diese Zustände? Eine Frage, die man mit zwei Wörtern beantworten kann... nicht viel! Stattdessen wird versucht, am Leipziger Hauptbahnhof Obdachlose

mit klassischer Musik zu vertreiben. Ja, das erklingende „alle Menschen werden Brüder“ will da nicht recht passen. Allerdings passen dazu die geplanten Räumungen von leerstehenden Gebäuden, in denen Obdachlose bisher unterkommen und sich oftmals vernetzen konnten.

Dabei fängt das Problem bereits bei der Erfassung von wohnungs- und obdachlosen Menschen an. Es werden nicht einmal Zählungen durchgeführt. Frei nach dem Motto: „Aus dem Auge, aus dem Sinn“, wird sich damit eben nicht beschäftigt. Selbstverständlich muss es eine belastbare Grundlage an Daten zu Obdach- und Wohnungslosigkeit geben. Nur so können Lö-

sungswege und Perspektiven den Anforderungen entsprechend entwickelt und dann umgesetzt werden.

Und wie sieht es mit dem bezahlbaren Wohnraum aus? Raum zum Wohnen wird in Leipzig zwar geschaffen, doch meist handelt es sich um Eigentumswohnungen und teure Studentenapartments. Die Situation ist der Stadtverwaltung bekannt. Es wurden daher bereits in einem Wohnungspolitischen Konzept 2015 „besondere Wohnformen“ angekündigt. Doch wie diese aussehen sollen, ist bisher nicht ermittelbar. Die To-Do-Liste wird also immer länger und verstaubt allmählich.

Eine Prognose, die im Auftrag der Stadt Leipzig durchgeführt wurde, besagt, dass bis 2030 über 720.000 Menschen in der Messestadt leben werden. Doch in einem LVZ-Interview be-

schrieb Oberbürgermeister Burkhardt Jung die Prognose als „wahrscheinlich zu ambitioniert“. Ein großes Wachstum wird erwartet, aber Vorbereitungen zur Re-

alisierung wurden kaum getroffen. Ist es nicht offensichtlich, dass da ein gewaltiges soziales Problem auf uns zukommt? Da bereits jetzt mindestens 10.000 Sozialwohnungen fehlen, werden hier zwar 720.000 Menschen *leben*, aber eben nicht alle *wohnen*.

Aus diesem Grund fordert die DKP zum Beispiel, dass Gemeinden ermächtigt werden, über leerstehenden Wohnraum zu verfügen. Des Weiteren soll ein Programm zum Bau von einer Million Sozialwohnungen mit Mietpreisbindung durch Gemeinden und Genossenschaften in den nächsten fünf Jahren auf die Beine gestellt werden!

OF



Arthur Hoffmann

wurde am 29. September 1900 in Neumannswaldau geboren. 1922 wurde er Mitglied der KPD, 1926 des Roten Frontkämpferbundes. Dort stieg er 1927 in die Gauleitung Westsachsen auf. Nach dem RFB-Verbot 1929 wurde Hoffmann in Haft genommen; er hatte es gewagt, eine Protestkundgebung zu organisieren. Dennoch oder gerade deswegen wurde er als Stadtverordneter in das Leipziger Stadtparlament gewählt. 1931 wurde er wieder inhaftiert, diesmal wegen versuchtem Waffenkaufs, wurde aber 1932 entlassen. Ab 1933 kämpfte Hoffmann im Untergrund und organisierte den antifaschistischen Widerstand in Chemnitz. Auf eine dritte Verhaftung folgten 3 Jahre Zuchthaus, darauf mehrere Monate „Schutzhaft“ im KZ Buchenwald. 1938-44 gehörte Hoffmann zum engsten Kreis des Widerstandes in Leipzig als Teil der Schumann-Engert-Kresse-Gruppe. Währenddessen arbeitete er dienstverpflichtet in Rüstungsbetrieben mit dem Ziel der Produktionsstörung. 1943 wurde er Mitglied des NKFD. Am 19. Juli 1944 wurden Hoffmann und seine Familie ein letztes mal verhaftet und er zum Tod verurteilt. Am 12. Januar 1945 wurde das Urteil vollstreckt.

Aufstehen Leipzig bringt Protest in Gelbwesten auf die Straße

Die DKP arbeitet auch in Leipzig in der Bewegung aufstehen! mit, bereits zu den ersten größeren Treffen waren wir vertreten. Mittlerweile wurde die politische Arbeit der Sammlungsbewegung auf die Stadtteile verlagert, erste Aktionen sind daraus erfolgt. So gingen am 14. und 17. Dezember zunächst am Connewitzer Kreuz und anschließend auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz UnterstützerInnen des Bündnisses aufstehen! Leipzig in gelben Westen auf die Straße, um die Aufmerksamkeit der PassantInnen und BesucherInnen der Weihnachtsmärkte auf ihre Forderungen zu lenken.

Jeweils etwa 20 Personen beteiligten sich an den Aktionen von aufstehen! Leipzig. Mit gelben Westen bekleidet, die an die Proteste in Frankreich erinnern und Solidarität mit den Zielen der Gilets jaunes zeigen sollen, versammelten sie sich am 14. Dezember abends am Connewitzer Kreuz. Mit ihren leuchtenden Westen, Trillerpfeifen und Transparenten zogen sie insbesondere die Aufmerksamkeit der BesucherInnen des Weihnachtsmarktes im werk 2 auf sich. Der anschließende Rundgang über den Kreuzungsbereich legte kurzfristig den Verkehr lahm. Auf den Transparenten hatten die TeilnehmerInnen ihre Forderungen nach Frieden, sozialer Gerechtigkeit und Demokratie deutlich gemacht. Auch in München wurde eine Demo organisiert; weitere werden folgen.

Die Gelbwesten in Frankreich haben mittlerweile einen ganzen Katalog an Forderungen aufge-

stellt, die sie an die Regierung in Paris adressiert hatten. Sie fordern einen Mindestlohn von 1.300 € und eine Mindestrente von 1.200 €, alle Löhne sollen an die Preisentwicklung angepasst werden. Öffentliches Eigentum wie Flughäfen oder Staudämme darf nicht privatisiert werden. Es sollen Arbeitsplätze geschaffen und Schulklassen verkleinert werden.

Wie soll das nach Auffassung der Gelbwesten finanziert werden? Zum Beispiel durch höhere Steuern für große Konzerne, die Bekämpfung von Steuerhinterziehung oder eine Senkung der Zinszahlungen für „unrechtmäßige“ Schulden.

Auch wenn die Forderungen der Gilet jaunes deutlich weiter gehen, als die bisher von aufstehen! formulierten, so ist doch deutlich geworden, dass auch in Deutschland die Menschen Ausbeutung und Repression nicht mehr still ertragen wollen. Ein Anfang ist gemacht! Wir dürfen gespannt auf die weitere Entwicklung sein.



Übrigens: bei youtube ist ein Video vom flashmob auf dem Weihnachtsmarkt zu sehen. Unter: „#Aufstehen schockiert mit Flasmob in Gelbwesten auf Weihnachtsmarkt“ kann man es finden.

PW